

**Rottweil**

## JVA-Gegner schöpfen Hoffnung

Von Schwarzwälder-Bote, aktualisiert am 24.07.2011 um 18:03



Für die Bürgerinitiative informiert Ingeborg Gekle-Maier (stehend) in der Kreisversammlung der Grünen über den Sachstand beim geplanten Großgefängnis. Foto: Seeburger Foto: Schwarzwälder-Bote

Von Siegfried Seeburger Rottweil/Schömberg. Rund 80 Personen waren der Einladung des Kreisverbands Zollernalb von Bündnis 90/Die Grünen zur Mitgliederversammlung in Schömberg gefolgt. Die Vorsitzende des Kreisverbands, Andrea Metzger, hatte auch den Tübinger Landtagsabgeordneten Daniel Lede Abal eingeladen.

Zunächst gab Jochen Baumann vom Verein zur Erhaltung der Natur- und Kulturlandschaft (NAKU), Zepfenhan, einen Abriss über die Arbeit des Vereins, der inzwischen 800 Mitglieder habe und sich gegen das geplante Großgefängnis im Bitzwäldle zur Wehr setze. Derzeit spüre man etwas Aufwind und setze auf einen weiteren Suchlauf für einen Gefängnisstandort, meinte er optimistisch.

Ingeborg Gekle-Maier von der Bürgerinitiative gegen Großgefängnis in Neukirch ärgerte sich darüber, dass die Angelegenheit über die Köpfe der Betroffenen hinweg behandelt worden sei. Man habe den Politikwechsel herbeigesehnt und hoffe jetzt auf neue Planungen. "Wir sind keine Gegner eines modernen Strafvollzugs, sondern wehren uns gegen den Flächenverbrauch in einer intakten, naturnahen Landschaft", sagte sie.

Der Schörzinger Ortsvorsteher Josef Rissler hob die Bedeutung des Bitzwäldles als Naherholungsgebiet hervor und nannte das Vorhaben und die Art und Weise des Vorgehens eine "Frechheit" gegenüber der Bevölkerung.

Der Landtagsabgeordnete Daniel Lede Abal wurde mit Fragen und Anregungen überhäuft. Er betonte, dass mit der neuen Landesregierung das Thema für die Region nicht automatisch vom Tisch sei. Im Herbst würden weitere geeignete Areale untersucht. Er denke dabei an

Industrie- und Militärbrachen oder an andere versiegelte Flächen. Auch die Größe der Vollzugsanstalt werde nochmals überprüft, um keine unnötigen Überkapazitäten zu schaffen. Kritisiert wurde, dass die Stuttgarter Ministerialbürokratie Anfragen und Briefe weiter mit denselben Argumenten wie früher beantworten würde.

Kurz wurde die im Raum Sulz geplante Daimler-Teststrecke angesprochen sowie das Verfahren in Sachen Sprengplatz auf dem Heuberg. Einig waren sich die Teilnehmer darüber, enger zusammen zu arbeiten. Daniel Lede Abal bot an, über die Entwicklung in Sachen Großgefängnis laufend zu informieren.